



Für einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union

Die Schweiz liegt im Herzen Europas. Die geografische Lage prägt ihr Schicksal. Ihre Geschichte, ihre Kultur, ihre Bildung, ihre Forschung, ihre Grundwerte – Demokratie, Freiheit, Gleichheit – ihre Wirtschaft und ihre Mobilität sind eng mit denjenigen ihrer Nachbarn und den Mitgliedern der Europäischen Union verknüpft.

Und dennoch steckt die Europapolitik der Schweiz in einer Sackgasse. Der bilaterale Weg – basierend auf rund 120 Abkommen – ist an seine Grenzen gekommen und hat keine Zukunft. Das seit Jahren verhandelte Rahmenabkommen kommt nicht zustande und gefährdet unsere Kooperationsabkommen in den Bereichen Forschung, Bildung, Gesundheit und Energie. Dadurch verliert unser Land seine Souveränität und hat bei europäischen Entscheidungen, die sein Schicksal betreffen, kein Mitsprache- oder Mitbestimmungsrecht.

Europa hat es als Akteur der globalen Politik verstanden, einen Raum des Friedens, des Wohlstands und der Sicherheit aufzubauen, von dem auch die Schweiz profitiert hat. Der Krieg in der Ukraine hat Schock ausgelöst. Er erzwingt eine Neudefinition der europäischen Sicherheitspolitik, der Energie- und Nahrungsmittelabhängigkeit. Die grosse Verunsicherung in der Schweiz und in Europa über die Energieversorgung sowie die Heiz- und Stromkosten in diesem Winter verdeutlichen dies. Die zahlreichen Massnahmen, die ergriffen werden, um den Energiekonsum zu reduzieren, treffen alle: Unternehmen, die Verwaltung, Geschäfte, Mieterinnen und Mieter genauso wie Hausbesitzerinnen und -besitzer.

Diese wichtigen Fragen zeigen die enge Verflechtung der Schweiz mit der EU. Lösungen sind nur in einer engen Zusammenarbeit möglich.

Die Schweiz profitiert von den vier Grundpfeilern der EU – dem freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen – und ist Teil des Binnenmarkts: Die Hälfte ihrer Exporte und etwa 70% ihrer Importe werden mit der EU abgewickelt. 435'000 Schweizer:innen leben in der EU und 1,4 Millionen Europäer:innen in der Schweiz, wobei 340'000 Grenzgänger:innen jeden Tag zur Arbeit kommen.

Diese Freizügigkeit im Personenverkehr konnte sich dank der von der Schweiz ausgehandelten flankierenden Massnahmen entwickeln, die es gegen die Risiken des Sozial- und Lohndumpings zu verteidigen gilt. Es ist erfreulich, dass das soziale Europa Fortschritte macht: Im Jahr 2017 wurde die «Europäische Säule sozialer Rechte in 20 Grundsätzen» angenommen. Dies wird ebenso deutlich mit der Anerkennung des Prinzips «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz» in der neuen Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern, wie auch in der erst kürzlich verabschiedeten Richtlinie über Mindestlöhne, die einen Rahmen für die Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne in den EU-Mitgliedstaaten schafft.

Die enormen Herausforderungen, die die Welt und Europa betreffen – demokratische Rechte, Sicherheit, Klimakrise, Armut, Migration, Digitalisierung, Steuerharmonisierung usw. – können nur in einem multilateralen Kontext und mit der EU verhandelt, gelöst oder entschieden werden.

Die SP60+ :

- empfiehlt den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union, einem anerkannten Akteur der globalen Politik. Durch die Mitgliedschaft in der EU mit Mitentscheidungsrecht kann die Schweiz ihre Werte, Interessen, Rechte und Souveränität besser verteidigen.
- unterstützt die «Strategie der SP für die Schweizer Europapolitik» des SP-Präsidiums vom 9. Mai 2022 und fordert deren unverzügliche Umsetzung mit einer Informationskampagne nach dem Parteitag vom 29./30. Oktober 2022 in Basel.
- erwartet von Bundesrat und Parlament ihre Verantwortung wahrzunehmen, die Vorarbeiten für den Beitrittsprozess einzuleiten und die Schweizer Bevölkerung regelmässig darüber zu informieren.